

Protokoll

über die Sitzung 10/2021 des Vorstands der Rechtsanwaltskammer Hamm, im Hause der Rechtsanwaltskammer, Ostenallee 18, am Mittwoch, den 10. November 2021.

Rechtsanwalt Otto eröffnet die Sitzung um 11:10 Uhr.

Anwesend sind 26 Vorstandsmitglieder:

RA Baschek, RA Dr. Bauckmann, RA Dr. Berghoff, RA Dr. Butterwegge, RAin Dercar, RAin Friebertshäuser-Kauermann, RA Dr. Gansweid, RA Habenstein, RAin Heise, RA Hinne, RA Hofmeister, RA Dr. Hüttenbrink, RA Kerkhoff, RAin Kirschner, RAin Knecht, RA Dr. Kracht, RAin Küpers-Quill, RAin Meichsner, RA Otto, RAin Piaskowy, RA Pieper, RA Quentmeier, RA Schaeffer, RAin Schwering, RA Teuner, RA Dr. Wessels.

Ferner nehmen teil:

der Hauptgeschäftsführer RA Peitscher,
die Geschäftsführer RA Podszun und RA Trockel sowie Geschäftsführerin RAin Gzaderi.

Es fehlen entschuldigt:

RA Dr. Meyer, RAin Rehrmann.

Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung genehmigt der Kammervorstand die Teilnahme der juristischen Referentinnen RAin Lena Koch und RAin Julia Püngel an der Vorstandssitzung.

01. RAK Intern

...

02. Gesetzgebung und Berufspraxis

- a) Vorschläge der BRAK für die 20. Legislaturperiode
hier: „Weniger ist mehr – den Rechtsstaat stärken durch Entkriminalisierung“

RAin Dercar berichtet über die wesentlichen Inhalte der Stellungnahme des Strafrechtsausschusses der BRAK. Angesichts einer Überlastung weiter Teile der Justiz, insbesondere der Strafjustiz, schlägt dieser vor, das Strafrecht auf seine Kernaufgaben zu beschränken. Strafrecht solle ultima ratio des Rechtsgüterschutzes sein und nicht auch zur Regulierung primär zivilrechtlicher Ansprüche, z. B. bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein, eingesetzt werden. Vorgeschlagen werde zudem eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Tätigen Reue, eine Entkriminalisierung im Kern moralischen Unrechts, eine größere Evidenzbasierung neuer Straftatbestände im Sexualstrafrecht und eine Reform diverser Regelungen des Nebenstrafrechts, so etwa bei der Insolvenzverschleppung, im Bereich des Aufenthaltsrechts und beim Betäubungsmittelstrafrecht.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Vor einer etwaigen eigenen Stellungnahme wird die Regierungsbildung in Berlin abgewartet.

- b) Berufspflichten von Rechtsanwaltschaft und Inkassodienstleistern – Möglichkeit zur Stellungnahme
hier: BRAK-Nr. 479/2021 – Voraberrörterung

RA Otto weist darauf hin, dass das BMJV derzeit auf Bitten des Deutschen Bundestages prüfe, ob es Differenzen in Berufspflichten von Rechtsanwaltschaft und Inkassodienstleistern gebe, die zu Lasten der Rechtsanwaltschaft wirken. Die Vorstandsmitglieder seien deshalb bereits darum gebeten worden, bis zum 17.11.2021 solche ggf. zu benennen. Zudem werde um Einschätzung gebeten, ob der Wettbewerbsnachteil durch den Wegfall anwaltlicher Berufspflichten oder durch die Begründung neuer Berufspflichten für Inkassodienstleister gelöst werden sollte.

Die Angelegenheit wird diskutiert.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. RA Hofmeister wird seine Ausführungen zum Thema verschriftlichen. Diese können im Rahmen der Stellungnahme übernommen werden.

03. Geldwäscheprävention

- a) 6. Auflage der Auslegungs- und Anwendungshinweise der BRAK zum GwG
- als Anlage in der Web-Akte: Auslegungs- und Anwendungshinweise –

RAin Koch trägt vor, das Präsidium der Bundesrechtsanwaltskammer habe die von der RAK AG Geldwäscheaufsicht der BRAK erarbeitete 6. Auflage der Auslegungs- und Anwendungshinweise beschlossen. Die zuständige Abteilung VII des Kammervorstands habe entschieden, diese dem Kammervorstand zur Genehmigung vorzulegen.

Beschluss:

Die am 18.10.2021 vom Präsidium der Bundesrechtsanwaltskammer beschlossene 6. Auflage der Auslegungs- und Anwendungshinweise zum Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG) werden genehmigt. Sie sind zu veröffentlichen und der Kollegenschaft zur Verfügung zu stellen.

- b) Entscheidungshilfe zur Bestimmung von Bußgeldern zum GwG

RAin Koch berichtet, die AG Geldwäscheaufsicht habe eine überarbeitete Entscheidungshilfe zur Bestimmung von Bußgeldern nach dem GwG („Bußgeldempfehlungen“) vorgelegt. Die Abteilung VII habe in ihrer Sitzung am 14.10.2021 beschlossen, die Entscheidungshilfe vor dem Hintergrund der FATF-Deutschlandprüfung und der bundesweiten Vereinheitlichung der Aufsichtstätigkeit anzuwenden. Diese entfalte jedoch keine Bindungswirkung und befreie die Rechtsanwaltskammer nicht davon, Ermessen nach den gesetzlichen

Zumessungskriterien unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls auszuüben.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

04. Berichte und Hinweise

hier: FBE-Generalkongress vom 27.-28.09.2021 in Paris

RAin Friebertshäuser-Kauermann berichtet über die wesentlichen Themen des Kongresses. Generalthema sei der „Zugang zum Recht“ gewesen. Erörtert worden seien durch diverse Vorträge aus verschiedenen Ländern die nationalen Regelungen zur Entschädigung von Terrorismusopfern, die pro-bono-Tätigkeit von Rechtsanwälten, die Krise der öffentlichen Gesundheit und die Bekämpfung der Korruption. Insbesondere durch Berichte aus afrikanischen Ländern sei aufgezeigt worden, dass die hiesigen Probleme vergleichsweise klein seien.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

05. Aus- und Fortbildung

- a) Prüfungsordnung für die Durchführung von Zwischen-, Abschluss- und Umschulungsprüfungen in den Ausbildungsberufen Rechtsanwaltsfachangestellte/r und Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte/r

hier: Änderungen nach Prüfung durch das Justizministerium NRW

- als Anlage in der Web-Akte: Prüfungsordnung und Übersicht der Änderungen-

RAin Püngel teilt mit, nachdem die Prüfungsordnung im Entwurf durch den Kammervorstand und den hiesigen Berufsbildungsausschuss beschlossen worden sei, habe sie dem Justizministerium NRW mit der Bitte um Genehmigung vorgelegen. Das Ministerium habe diverse Änderungen angeregt, die in den zweiten Entwurf der Prüfungsordnung, der vorab in die Web-Akte eingestellt worden sei und nun zur Entscheidung stehe, eingeflossen seien. Mit dem Ministerium sei abgestimmt, dass die Prüfungsordnung genehmigt werden könne, sobald der Vorstand und der Berufsbildungsausschuss entsprechend beschlossen hätten.

Beschluss:

Die Prüfungsordnung für die Durchführung von Zwischen-, Abschluss- und Umschulungsprüfungen in den Ausbildungsberufen Rechtsanwaltsfachangestellte/r und Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte/r wird, wie als Anlage zur Einladung vorgelegt, beschlossen.

- b) Werbeanzeige für den Ausbildungsberuf zum/r Rechtsanwalts- und Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten im „Azubiplaner“ Ruhr/Umgebung

- als Anlage in der Web-Akte: Werbeanzeige -

RAin Püngel berichtet, die Rechtsanwaltskammer habe eine Werbeanzeige für den Ausbildungsberuf zum/zur Rechtsanwalts- und Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten im Printmagazin Azubiplaner geschaltet. Der Azubiplaner

sei eine Zeitschrift, die sich an Schulabsolventen jeglicher Schulformen richte. Das Magazin werde kostenlos an Gymnasien, Gesamt- und Realschulen, Berufskollegs, Handelsschulen sowie an sonstigen Bildungsrichtungen und auf Ausbildungsmessen verteilt. Die Zeitschrift erscheine regional und werde u.a. in den Regionen Ostwestfalen/Lippe, Münster und Umgebung, Siegerland etc. vertrieben. Die Werbeanzeige selbst beruhe auf der Werbekampagne der Rechtsanwaltskammer, die mit kurzen und prägnanten Werbetexten arbeite.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

06. Besetzung des Fachanwaltsausschusses Transport- und Speditionsrecht

hier: Amtszeit vom 01.07.2021 bis 30.06.2025

RA Otto führt aus, ...

Beschluss:

Im Anschluss an den Beschluss der RAK Frankfurt wird der gemeinsame Fachanwaltsausschuss Transport- und Speditionsrecht wie folgt neu besetzt:

Als ordentliche Mitglieder werden bestellt:

RAuN Dr. Joachim Protsch, Frankfurt

RA Prof. Dr. Andreas Gran, Frankfurt

RA Prof. Dr. Ronald Schmid, Wiesbaden

Zum stellvertretenden Mitglied wird bestellt:

RA Ulrich Polanetzki, Frankfurt.

Bestellungszeitraum ist der 01.07.2021 bis 30.06.2025.

07. Anträge gem. § 17 Abs. 2 BRAO

...

08. Verschiedenes

- entfällt -

Ende der Sitzung: 13:02 Uhr.

Hamm, 10. November 2021 Pei. / SG

gez. Otto
Otto

gez. Schwering
Schwering